



BERICHT AUS DÜSSELDORF

Florian Braun

Landtagsabgeordneter für das rechtsrheinische Köln

APRIL 2022



Liebe Leserinnen und Leser, wir haben die letzte reguläre Plenarsitzung für diese Legislaturperiode absolviert und noch einige wichtige politische Initiativen und Ideen für NRW auf den Weg gebracht. Diese habe ich Ihnen in dieser (fürs Erste) letzten Ausgabe meines Berichts aus Düsseldorf aufbereitet. Am 15. Mai kandidiere ich erneut für Porz, Brück, Merheim und Rath/Heumar. Gerne möchte ich Sie auch in Zukunft weiter informieren und bitte daher um Ihre Stimmen.



STARKER UND MODERNER DENKMALSCHUTZ

Das neue NRW-Denkmalenschutzgesetz wurde vom Landtag beschlossen und tritt zum 1. Juni 2022 in Kraft. Im letzten Haushalt der rot-grünen Vorgängerregierung waren für die Förderung von Bau- und Bodendenkmälern gerade einmal 1,7 Millionen Euro vorgesehen. Die Mittel sind kontinuierlich gewachsen, seit die NRW-Koalition am Ruder ist: Denn allein in diesem Jahr stehen 40 Millionen Euro zur Verfügung. Rund 80 Prozent der Bau- und Bodendenkmäler befinden sich in privatem Besitz. Mit dem Gesetz nehmen wir nun die Eigentümer stärker in den Fokus und reduzieren Hürden für die zeitgemäße Nutzung eines Denkmals. Wir wollen es einfacher machen, Baudenkmäler barrierefrei zu machen und energetische Umbauten sowie die Errichtung von PV-Anlagen erleichtern. Zudem schaffen wir mit einem Denkmalpreis des Landes Nordrhein-Westfalen einen neuen Anreiz für bürgerschaftliches Engagement rund um Denkmäler. → [Drucksache 17/16518](#)

CLANS DEN GELDHAHN ZUDREHEN

NRW-Innenminister Herbert Reul hat auf der Fachtagung zur Bekämpfung von Clankriminalität den neuen Lagebericht vorgestellt. Ergebnis: NRW ist kein Honigtopf mehr für kriminelle Clans. Besonders die vermögensabschöpfenden Maßnahmen sind beachtlich. Es konnten 2021 rund 10,2 Millionen Euro beschlagnahmt werden. Auch die Straftaten gingen im Vergleich zum Vorjahr um 5,8 Prozent zurück. Herbert Reul möchte auch in Zukunft daran ansetzen, um die Clankriminalität konsequent zu bekämpfen, zumal es sich nicht mehr um Kleinkram, sondern um illegale Clan-Millionen handelt. → [Mehr erfahren](#)

LANDESINITIATIVE „ENDLICH EIN ZUHAUSE“

Im Auftrag des NRW-Sozialministeriums wurde erstmalig eine Befragung durchgeführt, um mehr über die Lebenslage von wohnungslosen sowie obdachlosen Menschen zu erfahren. Im Rahmen der Landesinitiative „Endlich ein Zuhause“ hat die Befragung stattgefunden, die mit rund 200.000 Euro finanziert wurde. Die Studie leistet einen wichtigen Beitrag, damit wir die Rahmenbedingungen an den Bedarf anpassen können. Es hat sich gezeigt, dass vor allem für die Ausgestaltung der Notunterbringung Optimierungsbedarfe zum Beispiel bei den hygienischen Bedingungen bestehen. Unser Ziel ist es, die Hilfsstrukturen kontinuierlich zu optimieren und passgenaue Angebote auszuarbeiten, damit es uns gemeinsam mit den Kommunen gelingt, Wohnungslosigkeit in NRW konsequent zu bekämpfen. Zudem werden die 22 landesfinanzierten „Kümmerer“-Projekte für weitere drei Jahre fortgeführt. → [Mehr erfahren](#)

WAS SONST NOCH AKTUELL IST

- Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes → [Drucksache 17/15517](#)
- Europa stärken – Das Erfolgsmodell der regionalen Zusammenarbeit von NRW ausbauen → [Drucksache 17/16912](#)
- Gesetz zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien → [Drucksache 17/16295](#)
- Synthetische Kraftstoffe als wichtiger Bestandteil einer klimaneutralen Mobilität → [Drucksache 17/16908](#)



MEILENSTEIN FÜR KINDERSCHUTZ IN NRW

Der Landtag hat am Mittwoch, 6. April, mit dem Landeskinderschutzgesetz ein zentrales Vorhaben der Landesregierung verabschiedet. Nordrhein-Westfalen erhält nun das bundesweit stärkste Kinderschutzgesetz. Die Landesregierung verfolgt das Ziel, Kinder und Jugendliche noch besser vor Gefährdungen für ihr Wohl zu schützen. Mit dem Gesetz hat Nordrhein-Westfalen zentrale politische und fachliche Forderungen aus der Aufarbeitung der Fälle sexualisierter Gewalt – insbesondere in jüngerer Vergangenheit – aufgegriffen und formuliert konkrete Maßnahmen, die die Qualität des Kinderschutzes stärken und die strukturellen Rahmenbedingungen verbessern. Folgende Kernpunkte beinhaltet der Gesetzentwurf: Fachliche Mindeststandards in den Jugendämtern, landesweite Qualitätsentwicklungsverfahren der Kinderschutzpraxis in jedem Jugendamt im Turnus von fünf Jahren, Aufbau interdisziplinärer Netzwerke in allen Jugendamtsbezirken sowie Qualifizierungsoffensiven für das Fachpersonal. Die getroffenen Maßnahmen stellen erstmals in Nordrhein-Westfalen auf gesetzlicher Basis Mittel für den Kinderschutz bereit. So investiert das Land Nordrhein-Westfalen in den kommenden drei Jahren insgesamt rund 224 Millionen Euro in die Umsetzung des Gesetzes. Nach den Fällen in Lügde, Münster und Bergisch Gladbach ist es wichtig, dass NRW handelt und bundesweit beim Kinderschutz vorangeht. → [Drucksache 17/16232](#)

VIDEOS HINTER DEN PLAKATEN

Am 15. Mai wählt NRW einen neuen Landtag und ich trete an, um weiterhin Porz, Brück, Merheim und Rath/Heumar als Landtagsabgeordneter zu vertreten. Seit einigen Wochen können Sie auf meine Großflächenplakate sehen, welche Themen mir besonders am Herzen liegen. Außerdem gibt es zu jedem Plakat ein eigenes Video. Die ersten vier finden Sie hier: [Kinder & Familie](#), [Innere Sicherheit](#), [Innovation](#) und [Antrieb](#).



NRW HANDELT BEI AUFNAHME VON GEFLÜCHTETEN

Der Landtag hat über die Unterstützung der Kommunen bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge debattiert. Denn die erschreckenden Bilder aus Butscha von den Gräueltaten des russischen Angriffskriegs haben uns einmal mehr mit aller Härte vor Augen geführt: Wir müssen alles unternehmen, um dieses Elend zu beenden – und alles, um jenen Schutz zu bieten, die jetzt vor diesem Elend fliehen müssen und zu uns kommen. Das ist eine enorme Herausforderung insbesondere für unsere Kommunen. Wir als NRW-Koalition im Land stehen an der Seite unserer Kommunen bei dieser Integrationsaufgabe – so wie wir es in den vergangenen fünf Jahren getan haben. Das Land geht derzeit in Vorleistung, um die Städte und Kreise dabei zu unterstützen, ukrainischen Frauen und Kinder möglichst schnell ein sicheres Dach über dem Kopf zur Verfügung zu stellen. 1,6 Milliarden Euro stehen derzeit im Haushalt dafür bereit. Außerdem werden die jetzt für das Jahr 2022 vom Bund zugesagten Mittel in Höhe von rund 430 Millionen Euro zur Unterstützung des Landes NRW bei den Mehraufwendungen für die Geflüchteten aus der Ukraine eins zu eins an die Kommunen weitergeleitet. Natürlich entstehen auch dem Land dabei erhebliche Kosten durch die Aufnahme, vorübergehende Unterbringung und Versorgung. Jetzt ist aber nicht die Zeit für Kleinkrämerei und Aufrechnung, wem welche Kosten entstehen. Das Land steht zu seiner Verantwortung. → [Mehr erfahren](#)

KONTAKT

Florian Braun MdL (V.i.S.d.P.)
 Platz des Landtags 1
 40221 Düsseldorf
 Tel.: 0211 - 884 2387
florian.braun@landtag.nrw.de

CDU Bürgerbüro Porz
 Hauptstraße 390
 51143 Köln
 Tel.: 02203 - 18 67 250
www.florianbraun.nrw

